

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellungspreis monatlich 4.30 Mk., durch unsere Vertreter zufragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6.50 Mk., wenn die Post bezogen werden soll. Alle Postanfragen und Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Bei Abwesenheit des Verlegers ist der Stellvertreter zu kontaktieren.



Abonnementpreis 1 Mk. für die 6 wöchentliche Ausgaben über deren Namen, Kellern, die 2 wöchentliche Ausgaben 2.50 Mk., die 2 wöchentliche Ausgaben 3 Mk., die 2 wöchentlichen Ausgaben 50 Pf. Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, den Betrag durch Kasse einzuzahlen, wenn der Betrag nicht sofort eingezahlt werden kann, so ist der Anzeigenschreiber in Kenntnis zu setzen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 217.

Freitag den 16. September 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der vom Ministerium des Innern genehmigte **5. Nachtrag zum Regulativ der Sparkasse zu Wilsdruff**, die Geschäftsleitung der Sparkassenanstalt, Bekanntmachungen an die Einleger, Erweiterung der Einlagenhöchstgrenze auf 20000 Mk. pro Buch, die Aufbewahrung und Verwaltung von inländischen Wertpapieren und die den Sparbüchern auszugswise Verfügung des Regulativs nebst Nachträgen betr., liegt im Geschäftszimmer der Sparkasse zu jedermanns Einsichtnahme aus.

Wilsdruff, am 12. September 1921.

Der Stadtrat.

Freibank. Rindfleisch in rohem Zustande. Bund 5 Mk. Freitag vormittag 9 bis 12 Uhr.

Wilsdruff, am 15. September 1921.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein sollen über den 15. September hinaus noch mehrere Wochen andauern.
- * Der in Bamberg tagende deutsche Juristentag nahm eine Entschliessung an, die die gegen Deutschland angewendeten Sanktionen für rechtsverstoßige Gewaltmaßnahmen, die den Versailler Friedensvertrag und das Völkerrecht verletzen, erklärte.
- * Bei der Untersuchung in der Morde Erzberger wurden in München sieben ehemalige Offiziere, jegliche Studenten, verhaftet, die der Mitwisserschaft verdächtig sind.
- * Die sogenannte kleine Entente droht erneut mit einem Eingreifen in Ungarn, falls es sich länger gegen die Erfüllung des Friedensvertrages sträube.
- * Der italienische Minister hat die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Deutsch-Troja beschlossen.
- * Mehrfach in London und Konstantinopel einlaufende Nachrichten berichten von einem Rückzuge der Griechen vor den andrängenden Türken in Kleinasien.

Genfer Allerlei.

Die Völkerverammlung am Genfer See, der im vorigen Jahre, als sie zum ersten Male zusammentrat, ohne weiteres die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog, muß sich diesmal große Mühe geben, um mit ihren Verhandlungen größere Beachtung zu finden. Die Zeitumstände sind den Geschäften, die sie treibt, nicht gerade günstig. Man weiß von vornherein, es werden abermals gewaltige, wunderwolle Reden gehalten, es werden Kommissionen über Kommissionen eingesetzt, und es werden vielleicht sogar auch Beschlüsse gefaßt. Die Welt wird aber um deswillen noch wie vor der Tagung ihren Gang weitergehen, als wäre dieser große Aufwand in Genf unvertan geblieben.

Vorkünftig stellt dieser Völkerverbund nichts weiter als einen Notbehelf dar, dem man damals in Versailles schandenhalber Leben einbauchen mußte. Nun muß er auch ab und zu zeigen, daß er da ist. Nehmen wir zum Beispiel das arme Deutsch-Ostreich. Schon seit mehr als 14 Tagen sollte es sich im Weste des Burgenlandes befinden, das auf Befehl der Ententeeregierungen von Ungarn zu räumen war. Es ist auch geräumt worden, aber nicht von den Ungarn, sondern von der österreichischen Gendarmerie, die den schwachen Versuch gemacht hatte, diesen Befehl der Siegerstaaten zur Ausführung zu bringen. Jetzt erhebt die Wiener Regierung Hilfe vom Völkerverbund. Der aber erklärt bescheiden, in diesem Fall sei der Oberste Rat zuständig, dem er gegenseitig den Vortritt zu lassen habe. Ober: Der Streit um Wien soll geschlichtet werden. Hier ist der belgische Vertreter mit Ausgleichsvorschlägen beauftragt worden. Er hat die Frage viele Monate lang studiert und endlich eine Regelung ausgearbeitet, die an Künstlichkeit der Konstruktion kaum noch zu überbieten ist. In Genf sollte es sich entscheiden, ob Litauen und Polen den hier gebotenen Weg zum Ausgleich beschreiten würden. Die Polen haben innerhalb der festgesetzten Frist nicht einmal eine Antwort für nötig befunden; die Litauer haben höflicherweise zugestimmt, ihre Zustimmung aber an so viele und so schwerwiegende Vorbehalte geknüpft, daß sie einem Reiz so ähnlich sehen wie ein Ei dem anderen.

Was Deutschland betrifft, so ist es in Genf von seiner Aufnahme in den Völkerverbund vollkommen still geworden. Die oberstelethische Frage wird hier und da von diesem oder jenem Redner mit unverbändlichen, zumweilen auch mit unverständlichen Worten gestreift. Aber über die Beseitigung eines so trassen Unrechtes, wie es die wirtschaftlichen und gar erst die militärischen Sanktionen in Westdeutschland sind, regt sich keiner dieser sogenannten Vorkämpfer für Recht und Gerechtigkeit auch nur im mindesten auf. Man muß schon warten, bis einmal ein Delegierter aus Indien die Rednertribüne besteigt, um aus seinem Munde Worte der Anerkennung für Deutschland zu hören. Er hatte Mitleid zu führen über die Klassenunterschiede, die in gewissen Mandatsgebieten vordringlich gemacht würden. Wir müssen daran erinnern, jagte er, daß in diesen Gebieten und besonders in Westafrika, die Deutschen nicht die bedauerlichen Unterschiede zwischen den Rassen gemacht haben. Man erinnert sich noch, daß die Emment Deutschland für unfähig und unwürdig erklärt hat, die Schutzbehörden über Völkerverbände niederiger Kultur auszuüben, und daß ihm unter diesem Vorwand seine Kolonien bis auf den letzten Rest geraubt wurden. Man hat sie dann in Mandatswege unter sich verteilt — mit dem Erfolge, daß die so befallenen

afrikanischen Völkerverbände mehr und mehr und immer lauter nach der früheren deutschen Herrschaft zurückverlangen! Davon darf man natürlich in Genf nicht reden. Man darf nur, sozusagen zwischen den Zeilen, andeuten, daß die Deutschen einst in ihren Kolonien ihre Sache doch recht gut gemacht haben.

Um so gesprächiger ist man in der Völkerverbundversammlung, wenn es sich darum handelt, sich gegenseitig mit Schmeicheleien zu überschütten. Man glaubt immer noch Eindrücke auf die Völker der Welt zu machen, wenn man sich beschneidet, daß Frieden und Gerechtigkeit und Freiheit und Glückseligkeit das einzige Ziel der Versammlung sei. Wo sich leise Zweifel an der Bedeutung der Völkerverbundversammlung und ihrer Zweckmäßigkeit ihres Wertes hervorzwingen, zeigt sich sofort an den führenden Stellen eine Empfindlichkeit, wie sie sonst nur ersten Bühnenfiguren zu eigen zu sein pflegt. Ein Unglücksrabe hatte kürzlich anzudeuten gewagt, daß bei den Entscheidungen des Völkerverbundes besonderer Einfluß des östern maßgebend gewesen sei. Herr Wellington Koo, der Präsident des Völkerverbundes, beeilte sich, diese scharfe Ausfertigung mit Enghase zurückzuweisen, wobei er allerdings hinzusetzen mußte, daß, wenn es nicht immer möglich war, den verschiedenen Parteien bei der Lösung eines Konfliktes Genugtuung zu verschaffen, das weniger an dem Völkerverbund als in der Natur des Konfliktes gelegen habe. Damit ist offen eingeschanden, daß der Völkerverbund in seinem Bestreben, alle Streitigkeiten dieser Welt auf friedlichem Wege zu schlichten, genau auf die gleichen Schwierigkeiten stößt, die früher den Verhandlungen der Staatsmänner vor der Zeit des Weltkrieges sich ebenfalls hindern in den Weg stellten. Der Völkerverbund, wurde in Genf gesagt, habe kein anderes Mittel zur Kontrolle der Rüstungen gewisser Länder als die Friedensverträge, und es gäbe keinen anderen Weg zur Ausübung dieser Kontrolle, als indem ein besonderer Untersuchungsrat zur Überwachung dieser Friedensverträge eingesetzt werde. Mit lauter Räten und Reden will man also eine bessere Zukunft für die Menschheit heraufzuführen. Wer glaubt noch daran, daß sie auf diesem Wege wirklich heraufzuführen ist? Dr. Sa.

Die Mörder Erzbergers.

Verhaftungen und Entlassungen.
Über Schulz und Tilleßen, die beiden mutmaßlichen Mörder Erzbergers, kommen jetzt noch einige Mitteilungen. Sie haben seit April 1921 in einem Hause in verschiedenen Stockwerken in der Maximilianstraße 33 zu München gewohnt und sich weiter nicht auffällig benommen. Man wurde auf sie erst dadurch aufmerksam, daß der Besitzer des Gasthofes zum Hirschen in Oppenau sich zweier Gäste erinnerte, die unter den angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und nach der Tat verschwanden. Auf Grund der umfangreichen Erhebungen konnten die Personalisten ziemlich genau festgesetzt werden. Die besonderen Merkmale, das verklärte Ohr bei Schulz und die abnorme Nasenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten auf die Münchener Spur der Flüchtigen. Auch die Zeit der schnellen Abreise der beiden von München — sie meldeten sich nicht ab und ließen ihr Gepäck zurück — ist ein schlagender Beweis. In München trafen ein Generalstaatsanwalt und ein Staatsanwalt sowie ein Landgerichtsrat aus Offenbach und Karlsruhe ein, um die Erhebungen fortzusetzen. Mit den Münchener Behörden wurden sofort Hausdurchsuchungen angeordnet, die erhebliches Material lieferten. Tilleßen ging aus seiner Münchener Wohnung zwischen dem zum Selbstschuß nach Oberschlesien, Schulz war ebenfalls abwesend. Beide sind dann vom 27. August, also einen Tag nach Erzbergers Ermordung, bis zum 31. August in München gewesen, und zwar in ihrer Münchener Wohnung. Die Berliner Kriminalpolizei hat über die Täter ferner festgestellt, daß sie von ihrem Berliner Aufenthalt am 6. August nach Süddeutschland abgereist sind; noch vor dem 13. Januar die ersten Zeilen von ihnen nach Berlin, die den Poststempel München trugen. Einer der jungen Mädchen aus der Familie, bei der sie in Berlin gewohnt hatten, sollte am 30. August nach Garmisch-Partenkirchen kommen, wo es von Schulz und Tilleßen erwartet wurde, bekam jedoch ein Abfertigungsgramm, da sie am 31. August aus Bayern abreisen müßten.

Münchener Offiziere verhaftet.

Durch das Zugreifen der bairischen, württembergischen und bayerischen Kriminalbeamten wurden folgende Personen verhaftet, die in Beziehung zum Mord an Erzberger

stehen sollen: Konrad v. Klinger, Eberhard Kauter, Alfred Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto Henrich, Karl Schneider und Johannes Leue. Sämtliche sind teils aktive, teils Reserveoffiziere, und zwar zum größten Teil von der Marine.

Klinger wird beschuldigt, vor Begehung des Mordes an Erzberger die Tat mit Tilleßen und Schulz besprochen zu haben und nach der Begehung der Tat seiner vorherigen Zusage entsprechend das Gepäck der Mörder bei sich verstaubt und dem Schutz direkt zur Flucht verholfen zu haben.

Ergebnislose Hausdurchsuchung bei Dr. Heim.

Ein Münchener Telegraphenbureau berichtet von einer bei Geheimrat Dr. Heim in Regensburg vorgenommenen und völlig ergebnislos verlaufenen Hausdurchsuchung. Diese Nachforschung dürfte damit zusammenhängen, daß Heims Schwiegersohn als Vermieter in eine zufällige Beziehung zu Tilleßen gekommen sein soll. Wie es heißt, beabsichtigt Dr. Heim im Verhältnis Beschwerde gegen die von nicht-bayerischen Polizeibeamten vorgenommene Hausdurchsuchung zu erheben.

Die Berliner Fremde.

In Berlin war eine Familie festgenommen worden, mit denen die Flüchtigen früher in Verkehr gestanden haben. Merkwürdigerweise wird der Name der Familie nicht genannt. Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Fähnrich zur See, der 1919-20 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt Dienst getan hatte, standen in nahen Beziehungen zu den Tätern. Drei Wochen vor der Mordtat waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 6. bis 11. August bei dem Festgenommenen gewohnt. Die gleichzeitig mit der Festnahme vorgenommene Hausdurchsuchung brachte mehrere Photographien der Mörder und handschriftliche Korrespondenzen zu Tage. Die Vernehmung der Siktierten hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen und daß sie die Personen und das Wirken Erzbergers auf das schärfste verurteilten. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mitäterschaft noch eine Mitwisserschaft noch eine Begünstigung nachgewiesen werden kann, sind sie wieder aus der Haft entlassen worden.

In Potsdam stellte sich ein Mann, der sich als Leutnant Kurt Hütter bezeichnet und erklärt, einer der Mörder Erzbergers zu sein. Im Besitz des Verhafteten wurden Papiere gefunden mit dem Stempel „Arbeitsgemeinschaft Hübenthal“. Die Polizei stellt Erhebungen an.

Eine Verschwörung?

Verhaftung eines angeblich führenden Mannes

Berlin, 14. September.

Einflussreiche bürgerliche Berliner Zeitungen beschäftigen sich augenblicklich mit der von ihnen behaupteten Entdeckung eines weitverzweigten Netzes geheimer Nachrichten-Zentralen in Schlesien, die nach den Darstellungen der Blätter von rechtsradikaler Seite betrieben wurden. Nach der Auflösung des Selbstschusses sollen sich einige Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft Hübenthal und ähnliche Arbeitsgemeinschaften verhalten haben, ohne daß ein sicheres Ziel dafür vorlag. Bestrebungen zur Auflösung sei Widerstand entgegengekehrt worden mit der Bemerkung, es werde nur dem Befehl der Deutschnationalen Partei Folge geleistet. Mehrere Gruppen der Organisation seien im Besitz großer Geldmittel gewesen. Ein eigener Kurierdienst München — Berlin — Oppenheim wäre eingerichtet worden. Zentralität wäre das Schloß Wielau bei Reife gewesen. Tätern sollen zu dem Schauplatz des Mordes an Erzberger führen. Die offiziellen Abwicklungsstellen für den Selbstschuß hätten sich ferngehalten von diesen Gemeinschaften, ihre Bildung hätten sie nicht verhindern können. Gerüchte wurde immer wieder von „Jagdommandos“ gesprochen, die Feinde der nationalen Sache zu beseitigen hätten. Die Angehörigen dieser Nachrichtenzentrale hätten unberechtigte Kriminal- und militärische Aufweise geführt, Verschleppungen im Befehlen und im unbefehlten Schießen vorgenommen und eine sehr rege Heftigkeit entfaltet. In Breslau sei es zu nachweisbaren Verschleppungen gekommen.

In den letzten Tagen sei es gelungen, einen der Leiter dieser Reichsdeutscher Organisation festzusetzen. Es ist dies der bekannte antisemitische Privatdozent Arnold Ruge aus Heidelberg, welcher falsche Ausweise unter dem Namen eines Oberberges besaß. Weitere Mitglieder seien auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

Die Auffklärung aller dieser Verzweigungen sei sehr schwierig, da wichtige Personen, denen man enge Beziehungen nachsagt, z. B. die Hauptleute Körner und Bessel, Schellen verließen und sich nach Bayern, andere nach Ostpreußen begeben haben. Die Untersuchungen mühen mit Energie fortgesetzt, stehen aber überall auf Schwierigkeiten, die interessierte Kreise bis in die Behörden selbst hinein, in den Weg zu legen suchten.

Ob etwas und wieviel an diesen Gerüchten, die immer wieder mit der Ermordung Erzbergers in Zusammenhang gebracht werden, Wahrheit ist, läßt sich natürlich zur Stunde nicht übersehen, und es wird abzuwarten sein, ob die Angaben tatsächlichen Hintergrund haben oder in das Gebiet des zurzeit so hoch gehenden politischen Parteitampfes zu verweisen sind.

Kahr kehrt nicht zurück.

Fortdauer des Provisoriums in Bayern.

Die politische Lage in Bayern ist unverändert. Jene, welche entscheidenden Beschlüsse wurden bis Mittwoch nicht gefaßt, doch sind die Fraktionen zu Beratungen über die zukünftige Besetzung der Ministerposten zusammengetreten.

Die Münchener Zeitung stellt fest, daß angesichts der Haltung der Bayerischen Volkspartei zu den Ursachen der Kabinetskrise an eine Wiederehr Kahr's nicht mehr zu denken ist. In der Tat scheint die Bayerische Volkspartei jetzt davon absehen zu wollen, Herrn v. Kahr nochmals zu präferieren.

Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei, schreibt: Das bayerische Volk lehne ebenso entschieden wie den Ansturz von links auch jene Gegenrevolution ab, die sich der verbrecherischen Gewalttat und des feigen Mordes bediene. Mit brennender Schande habe man es daher vernommen, daß an der Ermordung Erzbergers Personen beteiligt sind, welche das bayerische Gesetz zu verbrecherischen Untertaten mißbraucht haben.

Eine Delegiertenversammlung des bayerischen Handelskammertages hat festgestellt, die für die Reichsheit eine Kundgebung ertönt, worin erklärt wird, daß der bayerische Handelskammertag an der Reichsheit und an der Unlösbarkeit der Verbindung zwischen Bayern und den übrigen Ländern im Deutschen Reich als unerlässliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens für alle Zukunft unverbrüchlich festhält.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Vorkauf keine Aufhebung der Sanktionen

Nach einer Meldung, die der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln aus Köln erhalten hat, ist mit der Fortdauer der Sanktionen mindestens noch mehrere Wochen zu rechnen, da die Verhandlungen im Überwachungsamt zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben. Eine Vereinfachung zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Randmaßnahmen war nach der Annahme des Ultimatums in keiner Weise mehr gegeben, besonders nachdem Deutschland die Reparationsmilliarde bezahlt hat. Erlaubte Regimentsfeiern in Württemberg.

Einer Abordnung der Mehrheitssozialdemokratie, der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften, die von der württembergischen Regierung Maßnahmen gegen die beabsichtigten Regimentsfeiern verlangte, wurde vom württembergischen Staatspräsidenten und dem Minister des Innern erklärt, daß die Regierung sich nicht dazu entscheiden könne, da ihr keine Klagen über versorgungsfeindliche Auswüchse bei diesen Feiern zugegangen seien. Die Vertreter der Regierung stellen sich auf den Standpunkt, daß nach rechts wie nach links mit gleichem Maße gemessen werden müsse.

Beutejagd um das Memelland.

Der Vorschlag, den der belgische Minister Hymans im Rüstbund zur Besetzung des polnisch-litauischen Streifens auf Kosten des Memellandes machte — danach soll das Memelland unbefraat unter litauische Dohheit kom-

men, und Polen dort souveräne Hafenrechte eingeräumt werden —, ist bisher nur von den Litauern beantwortet worden, zusehendem, aber mit sehr viel Vorbehalt. Polen soll sich ganz ablehnend verhalten, da es mit einem Zeitrecht nicht zufrieden ist. Der Vorschlag Hymans gilt als gescheitert.

Deutsch-Ostereich.

Der Streit um das Burgenland. Der Völkerrundrat hat zu der österreichischen Note, in der angesichts des ungarischen Vorgehens im Burgenlande das Eingreifen des Völkerrundrates verlangt, beschloffen, vorläufig nicht einzugreifen. Im übrigen sei der Völkerrundrat zuständig. Der österreichische Vertreter behielt sich ein neues Gerantreten an den Völkerrund vor. Ungarn übermittelte drei Subdaster Befehle der Ententeemächte auf die erhobenen Vorstellungen eine Antwort, in der sie die Verantwortung für die Vorgänge ablehnt. Die einzige wirksame Maßnahme wäre die vollständige Abwertung der durch den Vertrag von Trianon festgesetzten Grenze durch einen Militärkordon gewesen. Hierzu langten jedoch die zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte nicht. Die ungarische Regierung ist fest entschlossen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, schiebt jedoch die Schuld an den Mißgeschicklichkeiten teilweise auf Österreich.

Schweiz.

Scheu vor dem Internationalen Gerichtshof. Wie das Generalsekretariat mitteilt, haben folgende von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Kandidaten von vornherein auf eine Wahl in den Internationalen Gerichtshof verzichtet: Ador-Schweiz, Balfour-England, Doherty-Kanada, Fromageot-Frankreich, Fontoria-Spanien, Hymans-Belgien, Kanger-Norwegen, Maris von Württemberg-Schweden, Poincaré-Frankreich.

Rußland.

Russische Aufträge in Deutschland. Nach einer Mitteilung hat die Sowjetregierung kürzlich in Deutschland 700 Eisenbahnlokomotiven bestellt, die vertragsmäßig binnen 6 bis 7 Monaten zu liefern sind. Die Aufträge wurden auf eine ganze Reihe führender deutscher Industriefirmen, u. a. Henschel, Vorst, Krupp, Wolff (Röhm), verteilt, und man hat auch schon mit ihrer Ausführung begonnen. Weiter sind durch die russische Regierung Aufträge zur Lieferung von Chemikalien, landwirtschaftlichen und anderen Maschinen, Eisenbahnschienen usw. im Gesamtwerte von etwa anderthalb Milliarden Mark in Deutschland erteilt worden. Ein Teil russischer Waren, wie Pelzwerk, Holz usw. ist in Deutschland eingetroffen.

Amerika.

Der mittelamerikanischen Staatenbund. Die Urkunde, nach der Guatemala, Honduras und Salvador eine neue föderative Republik Zentralamerikas gebildet haben, ist in San Salvador unterzeichnet worden. Der Sitz der Bundesbehörde soll die Hauptstadt der Republik Honduras, Tegucigalpa, sein. Der neue Staatenbund, dessen Gründung hauptsächlich von den zentralamerikanischen Katholiken gefördert wurde, hat eine deutliche politische Spitze gegen die Gringos, die Nordamerikaner und ihre wirtschaftlichen und politischen Expansionsbestrebungen, die sich bis zum Panamakanal erstrecken. Es ist vielleicht die letzte Phase des Kampfes gegen die Einkontinenten-Theorie der Vereinigten Staaten. Bemerkenswert ist, daß die Staaten Nicaragua, Costa Rica und Panama sich dem Bunde nicht angeschlossen haben.

London. Die Sinnfeiner-Vertreter haben mit Lloyd George in Galway eine Besprechung über die vorgeschlagene Konferenz gehabt. Die Vertreter sind nach Dublin zurückgekehrt, damit die Absichten Lloyd Georges dort weiter erwogen werden können.

Paris. Der englische Vorkämpfer in Rom, Sir George Buchanan, ist zurückgekehrt.

Newyork. Die „Associated Press“ meldet aus Tokio, daß Japan, um eine Aussöhnung mit China herbeizuführen, seine 21 Forderungen aus dem Jahre 1915 zurückzuziehen beabsichtigt.

Da kamen Sibo die Tränen, und er weinte heiß und leidenschaftlich, weinte, als wollte sich seine ganze Seele in Tränen lösen. Immer sah er die großen, blauen Kinderaugen, die seinem eigenen Kinde gehörten, seinem Kinde, dem er die Mutter geraubt.

„Wer doch sterben könnte“, flüsterte er. „Nur sterben.“

Aber er fuhr doch in die Fabrik und telephonierte an Heintze, daß er nicht zu Tisch käme, weil er Besuche hätte und dann sah er und wartete auf die Zeitung. Ob sie wohl schon etwas wußte von dem Drama, das sich da in der Nacht an dem stillen Rheinufer abspielte? Ob vielleicht wohl gar Extrablätter von einem grausigen Mord berichteten?

Er wartete und wartete.

Stunde um Stunde verrann. Er war nicht imstande, irgendeine geschäftliche Anweisung zu geben.

Hundertmal lief er ans Telephon, um die Zeitungen anzurufen, zu fragen, sich zu erkundigen; aber immer wieder ließ er ab davon. Er hätte sich ja nur verraten.

Als Mister Verham in sein Privatkontor trat und ihn lächelnd fragte, ob er Lust hätte, mit ihm und der schönen Lucy zu souperen — er wußte doch, dem reizenden, kleinen, fischen Ding von der Oper — da nickte er ganz mechanisch. Ja, das wollte er, denn nach Hause mochte er nicht, nein, um keinen Preis.

Heintze sah unterdessen in Todesangst zu Hause und konnte es nicht fassen, daß Sibo nicht nur die ganze Nacht, sondern auch den ganzen Tag und die darauffolgende Nacht nicht heimkam. Verham hatte ihr zwar telephonierte, daß sie wirklich wichtige Geschäfte hätten, aber Heintze glaubte nichts mehr, seitdem sie zu hoffen aufgehört.

Einige Tage war Sibo wie zersört. Er sprach nicht, er sah auch fast nicht, er wollte die Kinder nicht sehen, er war oft herrisch, bald übelkämisch, dann aber wieder von einer weichen Zärtlichkeit, die Heintze noch mehr beunruhigte, als seine bestigen Wutausbrüche.

Voll nervöser Gereiztheit wartete er auf die Zeitungen. Er stürzte sich fast auf die Lektüre, um die Blätter dann, tief aufatmend, nach flüchtiger Durchsicht beiseite zu legen.

Heintze hatte ja nun schon die verschiedensten Lebensphasen mit ihrem Manne durchgemacht, aber so konnte sie ihn noch nicht.

„Alles keine bestridende Liebeshandlung, die selbst seine Gegner entwarfnete, war wie fortgewischt. Mit düster gesalteten Brauen ging er umher, und wenn er sich unbedacht glaubte,

Nah und fern.

Weltkongress in Breslau. Ein gewisser Hielscher, der sich Generalvertreter des Atlantik-Kongress nannte, ist von Breslau mit Frau und Kind geflohen. Er hatte zahlreiche Vertreter für den Kongress angestellt und nahm täglich buchstäblich Wachs für die Gelder ein. Wohin er das Geld schaffte, ist unbekannt geblieben. Die Zahl der Betroffenen dürfte größer sein als die der Breslauer Manifestation, da Hielscher es verstand, noch bis in die allerletzte Zeit für sein Kongress die emsigste Reklame zu machen.

Ottwig v. Hirschfeld nicht in Freiheit. Die Nachricht, daß der Führer Ottwig v. Hirschfeld sich in Freiheit befindet, ist nicht zutreffend. Zwar ist der gegen ihn ergangene Haftbefehl in der Nordische gegen Erzberger aufgehoben, doch verbüßt Hirschfeld seit dem 10. September den Rest der über ihn im Vorjahre wegen seines Nordanschlags gegen Erzberger vom Schwurgericht verhängten Gefängnisstrafe.

Absturz eines Meisterfliegers. In der Rhön ist der Bamberger Regierungsbaumeister und Vorsteher der Meisterhochschule Hartz, einer der Pioniere des motorisierten Fluges, nach einem Refordsturz von 22 Minuten abgestürzt und schwer verletzt worden. Er wurde nach Fulda ins Krankenhaus eingeliefert.

Japanische Hilfe für deutsche Kinder. Einer Reihe deutscher in schwerster Not befindlicher Kinderheime, besonders auch der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, dem Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, sind in letzter Zeit aus Japan erhebliche Unterstützungsmittel zugeflossen, und zwar haben sowohl in Japan lebende Deutsche als auch Japaner sich an dieser Aktion beteiligt.

Schredenszüge auf einem Ozeandampfer. Aus Newyork wird telegraphiert: Auf dem Dampfer „George Washington“ ereignete sich auf hoher See ein ausserordentlich gefährlicher Zwischenfall. Ein Passagier der 1. Klasse wurde plötzlich wahninnig. Er erschoss seinen Rabinennachbar, verwundete dann einen zweiten und schoß sich dann eine Kugel in den Mund.

Das „traurige“ Amerika. Im Hafen von Newyork kam es bei der Unterung des englischen Schiffes „King Alexander“ zu einem wüsten Aufruhr. Als die Beamten des Zollamtes für etwa 100 000 Dollar Löhne beschlagnahmten wollten, widersetzten sich die 300 Matrosen, und es kam zu einem heftigen Kampf, in dessen Verlauf acht Mann verwundet und 55 Mann verhaftet wurden.

Neueste Meldungen.

Wegen der Verwüstung der Wälder.

Berlin. Die Hochkonjunktur der Holzpreise wird jetzt von vielen Waldbesitzern in einer Weise angesehen, daß Gefahr besteht, große Teile der deutschen Wälder zu verlieren, ohne daß Renaturierungen stattfinden. Die deutsche Regierung will dieser Gefahr durch Forstschutzgesetz vorbeugen, die bereits in nächster Zeit dem Landtage zugehen werden.

Abermals ein Weltkongress verfrachtet.

Berlin. Das Koalitions-Kongress-Verzeichnis in Berlin wurde geschlossen. Der Inhaber Paul Koal wurde verhaftet und soll dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Mit Kleinstreife hatte Koal seine Firmenvergründung inszeniert, und etwa 700 Einzler hatten sich mit zirka einer Million als „Mitglieder“ beteiligt.

Sozialistenmehrheit im Thüringer Landtag.

Jena. Nach amtlicher Feststellung haben die Mehrheitssozialisten 13, die Unabhängigen 9, die Kommunisten 6 Mandate erhalten, zusammen 28. Die weiteren Sitze verteilen sich auf Deutsche Volkspartei 9, Landbund 10, Demokraten 3, zusammen 22. Diesen bürgerlichen Mandaten stehen also 28 sozialistische gegenüber. Die Wahlen von 1920 ergaben 27 bürgerliche gegen 26 sozialistische Mandate.

Strafverfahren gegen den Oberbürgermeister von Hürde.

Hürde. Die Hürde Stadtverordnetenversammlung beschloß gegen den Oberbürgermeister Schmidt und den Beigeordneten Stadtbaurat Wechscher die Einleitung eines Strafverfahrens und eines Disziplinerverfahrens zu beantragen und die beiden Beisitzenden für den der Stadt angeklagt

29] Das Tor des Lebens.

Roman von Anny Wothé.

Copyright 1910 by Anny Wothé, Leipzig.

„Es ist gut, daß sie tot ist,“ murmelte er, als er endlich einen Wagen fand, der ihn in den Klub bringen sollte, sich mit seinen triefenden Kleidern in die Polster lehnd. „Sie hat es ja selber nicht besser gewollt. Sie hätte uns vernichtet, Heintze und uns alle, da ist es besser so. Sie oder ich! Natürlich also sie!“

Er schauderte aber doch plötzlich zusammen. Er sah ein Paar große, leidenschaftliche, blaue Kinderaugen finster und trotzig auf sich gerichtet, und die Augen des Kindes sprachen: „Du hast meine Mutter gemordet, die einst Deine Liebste war!“

Heiß aufschluchzend barg Sibo plötzlich sein Antlitz in beide Hände.

Das Kind, das Kind! Nein, er konnte es nie wiedersehen! Nein, gewiß nicht. Es mußte fort. Heintze mußte sich darein schicken.

Kief es da nicht wieder „Sibo!“? Klang nicht aus den Wassern der Ruf herauf? Nein! Der Rhein lag ja sehr weit von ihm. Schon fuhr er durch die Straßen der Stadt.

Der Dom strahlte in feierlichem Lichte, und alle Glocken klangen. Sollte er hineingehen und beten?

Nein, er konnte nicht.

Ob sie tot war? Ob sie gelitten hatte? Nicht mehr als im Leben, dachte er dann, und daß sie nun erlöst sei von allem Leid. Die arme Fränze!

Und plötzlich kam ihm das große heilige Mitleid, das er nie gekannt, und die Reue, die klopfte an seine Herzentür mit heißer Angst und wilder Qual.

„Heintze, hilf mir!“ stöhnte er auf.

Der Wagen hielt.

Mit schweren Schritten betrat Sibo das Klubgebäude. Niemand grüßte ihn, mit niemand sprach er; aber er spielte die ganze Nacht, und als der Morgen togte, da stand er müde und schwerfällig auf und ging wortlos hinaus, hinein in den dümmelnden Herbstmorgen. Das gewonnene Geld ließ er zurück.

Nun hatte wohl das Leben das letzte und grausigste Tor vor ihm aufgetan. Und er konnte doch nicht hindurch. Er war zu selig.

Den Rhein entlang fuhren buntbewimpelte Schiffe. Studenten sahen darin. Sie hoben schimmernde Reiche von grünem Glas in den Händen und sangen von alter Vorfahrenherlichkeit.

dann schloß er die Augen, wie ein Sterbender, und sein blühendes Gesicht sah alt und verfallen aus.

„Das muß anders werden,“ murmelte Sibo vor sich hin, in seinem Arbeitszimmer am Fenster weit hin über den Rhein stehend. „So gehe ich zugrunde. Wie gebannt bin ich nach dem alten, grauen Wasser. Stundenlang konnte ich auf die Wellen blicken, und immer ist es mir, als ob der Kopf dieses verwinkelten Weibes aus dem Wasser ragte. Das ist natürlich Einbildung, denn daß sie tot ist, die Fränze, das ist gewiß! Man hat zwar die Leiche nicht gefunden, aber auch von der glücklichen Errettung einer Frauensperson, die ins Wasser gefallen ist, ist nichts bekannt geworden. Das ist gut, denn wenn Fränze Carsten noch am Leben wäre, dann — das fühlte er — war er verloren. Dann würde sie keine Nachsicht mehr kennen.

Warum war er auch so töricht gewesen, ihr das Kind zu verweigern, das Kind, vor dem ihm graute? Hatte er nicht all die Tage schon vor dieser hübschen Kinderfrage, die ihn mit den eigenen Augen ansah, die Flucht ergriffen? Wäre es nicht klüger gewesen, Fränze Geld, viel Geld und das Kind zu geben und damit ihr Schweigen zu erkaufen?

Sibo preßte sein glühendes Gesicht gegen die kalten Scheiben.

Aus den Rheintwelen stiegen feuchte Nebel auf zu den phantastischen Wellengebirgen, die sich über den Wassern türmten.

Wiegten sich nicht dort in dem Herbstnebel gespenstische Gestalten? Hatten sie nicht Fränzens verzerrte Züge mit hohlen Totenaugen?

„Es ist gut, daß sie tot ist,“ dachte er wieder. „Du bist schuld daran,“ martierte es ihn in der Brust. „Du hättest sie retten können, wenn Du gewollt.“

Dann lachte er leise. Wer hieß das törichte Weib ihm in den Weg laufen und ihn mit Vorwürfen überhäulen! Wer hieß sie, sich an ihn zu klammern, daß er sie zurückstoßen mußte! Wenn sie dabei ins Wasser fiel, so traf ihn keine Schuld, nein, ganz gewiß nicht. Er war ja auch schon halb von Sinnen durch diese ewige Angst. Er war nervös, mehr als das.

Wenn Rolf Bandener kam, sollte er ihm ein Pulver verschreiben. Oder ob er selber mal zu ihm ging?

Nein, er mochte jetzt niemand sehen. Wenn nur die schrecklichen Nächte nicht gewesen wären. Er konnte nicht schlafen mehr. Und dabei hatte er immer das peinige Gefühl, daß auch Heintze nicht schlief, daß sie jeden seiner Atemzüge bewachte.

(Fortsetzung folgt.)

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 12. September 1921.

In der heutigen Sitzung des Bezirksausschusses begrüßte Amtshauptmann Dr. Sievert zunächst den erstmalig an den Beratungen teilnehmenden, an Stelle des aus dem Bezirksausschuss ausgeschiedenen Stadtrats Schlichenmaier aus Wilsdruff tretenden Gutsbesitzer Max Trostlich aus Diera und gab dabei der Überfahrt Ausdruck, daß auch er sich freudig und gern in den Dienst des Bezirks stellen und dem Bezirksausschuss mit seinem Rat zur Seite stehen werde. — Sodann berichtete der Amtshauptmann über die Neuordnung der Vermögensgegenstände. Er wies darauf hin, daß der Reichsrat von der ihm in Landessteuergesetz vom 30. März 1920 eingeräumten Ermächtigung, mit bindender Wirkung für die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände des ganzen Reiches Bestimmungen über die Vermögensgegenstände zu erlassen, vor kurzem Gebrauch gemacht habe. Nach den Vorschriften des Landessteuergesetzes und des schließlichen Vollzugsgesetzes zu ihm seien in erster Linie die Gemeinden verpflichtet, Vermögensgegenstände zu erheben, die Gemeindeverbände aber seien berechtigt, die Steuer für sich in Anspruch zu nehmen, wodurch sich dann die Pflicht der Gemeinden zur Erhebung der Steuer erhebe. Bereits vor Erlaß des Landessteuergesetzes habe der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft eine Vermögensgegenständsteuer (Eintrittssteuer- und Landsteuer) eingeführt. Die jetzt vom Reichsrat aufgestellten Bestimmungen (R. V. S. 866 folg.) bräuchten eine wesentliche Erweiterung der zu besteuerten Vermögensgegenstände, teilweise auch eine Erhöhung der Steuerhöhe. Es erhebe sich nun die Frage, ob der Bezirk die Vermögensgegenständsteuer für sich beanspruchen oder ob er sie den Gemeinden überlassen wolle. Die Amtshauptmannschaft habe es zunächst im Interesse der einheitlichen Erhebung und auch der möglichst ergiebigen Erhebung der Vermögensgegenständsteuer als zweckmäßig und wünschenswert angesehen, diese Steuer weiter für den Bezirk zu erheben und nur den bisher 15 Prozent der Bruttoeinnahmen betragenden Anteil der Gemeinden an dieser Steuer zu erhöhen. Sie habe daher einen Entwurf für eine neue Vermögensgegenständsteuer für den Bezirk aufgestellt, in den die Bestimmungen des Reichsrats hinsichtlich der Besteuerung abgeändert worden seien. In einer vor kurzem abgehaltenen Versammlung mit den Bürgermeistern und einer größeren Zahl von Gemeindevorständen des Bezirks sei aber im einstimmigen Beschlusse ausgesprochen worden, die Vermögensgegenständsteuer den Gemeinden zu überlassen und den Steueranteil des Bezirks durch allgemeine Bezirksumlagen zu decken. Für die Ueberlassung der Vermögensgegenständsteuer an die Gemeinden spreche, daß die Gemeinden, in denen sich Vermögensgegenstände befinden, mit der Erhebung der Steuern und der polizeilichen Ueberwachung viel Arbeit und Aufwand hätten und in der Regel auch zu den besonders schwerfälligen Gemeinden gehörten; gegen die Ueberlassung an die Gemeinden könne angeführt werden, daß dann eine große Zahl kleiner Gemeinden an dem Ertrags der Vermögensgegenständsteuer künftig keinen Anteil mehr hätte. Dem Bezirk selbst könne es an sich gleichgültig sein, wie er seinen Bedarf decke, ob nur durch Bezirksumlagen oder auch durch andere Steuern, ob er also auf die Vermögensgegenständsteuer verzichte oder sie behalte. In der sich anschließenden Aussprache traten Bürgermeister Beundorf, Gemeindevorstand Glöckner und Geschäftsführer Trebitz für die Ueberlassung der Vermögensgegenständsteuer an die Gemeinden ein; sie wiesen dabei auf die außerordentliche Steuermotiv der Gemeinden, besonders der größeren Gemeinden, hin. Es sei aber auch nur gerechtfertigt, die Vermögensgegenständsteuer den Gemeinden zu überlassen. Denn wenn man sie dem Bezirk überlasse, bedeute das, daß die Gemeinden, in denen die Steuer erhoben würde, andere, zum Teil weniger schwerfällige Gemeinden damit entlasteten. Zur Erhebung der Vermögensgegenständsteuer seien ja auch nach dem Landessteuergesetz in erster Linie die Gemeinden verpflichtet. Die Vermögensgegenständsteuer sei künftig für die betreffenden Gemeinden auch deshalb von erhöhter Bedeutung, weil der Kreis der zu besteuerten Vermögensgegenstände wesentlich erweitert worden sei. Landtagsabgeordneter Gutsbesitzer Schreiber führte aus, daß die Ueberlassung der Vermögensgegenständsteuer an die Gemeinden hätte auch die Pflicht, an den Bezirk zu denken und dafür zu sorgen, daß der Bezirk genügend Einnahmen habe, um seine Aufgabe zu erfüllen. Auch das Interesse der kleinen Gemeinden müsse wahrgenommen werden. Deshalb sei zu bedenken, ob nicht bei der Ueberlassung der Vermögensgegenständsteuer für den Bezirk die Möglichkeit eines größeren Abzuges, als die einzelnen Gemeinden bei der Ueberlassung der Steuer an sie, Ueberbotes sei der Gebote der Vermögensgegenständsteuer ursprünglich der gewesen, daß ihr Ertrag vollständig dem Bezirk zufließen würde. Wenn aber die allgemeine Zustimmung für die Ueberlassung der Steuer an die Gemeinden sei, so wolle auch er nicht dem entgegen sein. Amtshauptmann Dr. Sievert wies darauf hin, daß der Ertrag der Vermögensgegenständsteuer nach den Bestimmungen ursprünglich zur Tilgung der Kriegsschuld aus den Familienunterstützungen habe verwendet werden sollen, daß die betreffende Satzungsbestimmung aber dann später aufgehoben worden sei, nachdem das Reich die Amortisation und Verzinsung dieser Kriegsschulden übernommen habe, daß die Steuer jetzt in die allgemeine Bezirkskasse fließe und zur Entlastung der Bezirksumlage diene. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß auch der von der Bezirksversammlung eingeführte Vermögensgegenständsteuer für Ueberlassung der Steuer an die Gemeinden ausgesprochen habe, wurde einstimmig beschlossen, die vom Bezirk bisher erhobene Eintrittssteuer- und Landsteuer für den Bezirk noch bis zum 15. Dezember d. J. zu erheben, an welchem Tage nach den Bestimmungen des Landessteuergesetzes die bisherigen Steuerordnungen außer Kraft treten, wenn nicht ein neuer Beschluß gefaßt wird, die Erhebung der Vermögensgegenständsteuer nach dem 15. Dezember aber den Gemeinden zu überlassen. Soweit nach den Bestimmungen des Reichsrats Vermögensgegenstände unter Steuer gestellt sind, die nach der Bezirkssteuerordnung bisher noch nicht besteuert werden, wird die Besteuerung

regelmäßig zu machen. Weiden werden 1921 teils kraftbare Handlungen zur Last gelegt, die bis auf das Jahr 1917 zurückreichen und durch die die Stadt Hörde nicht unerheblich geschädigt worden ist.

Millionenentlastung für Wohnungsbauten.
Düsseldorf. Die Herren R. Wöhe und Karl Henne, Inhaber der Firma R. Wöhe und Co. in Düsseldorf, bitten fünf Millionen Reich für Kleinwohnungsbauten, davon drei Millionen für Düsseldorf (Spar- und Bauverein) und zwei Millionen für Bielefeld, wo ihre zweite Fabrik ist. Mit dem Bau dieser Häuser soll sofort begonnen werden.

Kongress der Kriegsverwundeten.
Genf. In Genf ist eine Delegiertenversammlung der großen Kriegsverwundeten-Vereine zusammengetreten, auf der Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Österreich und Polen vertreten sind. Die Mitgliederzahl der durch die Delegierten vertretenen Verbände übersteigt vier Millionen.

Englische Besorgnisse wegen des Marksturzes.
London. Daily Mail zufolge prüft die Rinkommission sorgfältig die Markfrage. Der Sturz der Mark sei danach nicht das Ergebnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen, sondern die Unmöglichkeit, in Deutschland der Papierüberdrehung Einhalt zu tun. Die Folge sei, daß Deutschlands Währungen sich mehr und mehr für englische Währungen. Die britischen Industriellenverbände trügen sich ernsthaft mit der Aussicht, eine Politik zu führen, die das englische Pfund auf eine Linie zurückbringe, die den Handel mit dem Auslande wieder aufzunehmen gestatte.

Ein Ultimatum an Ungarn.
London. Times meldet, es sei möglich, daß die Bolschewistenkonferenz in Paris eine sehr energische Note, vielleicht ein Ultimatum an Ungarn richten werde, in dem die Zurückziehung der Ungarn aus dem Burgenlande gefordert wird. Laut Daily Telegraph ist man in amtlichen Kreisen in London der Ansicht, daß, wenn Ungarn nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt das Burgenland mittels seiner eigenen Truppen geräumt hätte, die Alliierten genügend Truppen bereit hätten müssen, um die Räumung zu erzwingen.

ung schon vom 15. September ab, dem Tage des Inkrafttretens der Reichsratsbestimmungen, den Gemeinden zur Einhebung überlassen. Für die von den Gemeinden aufzustellende Vermögensgegenständsteuerordnung soll ihnen ein Vorentwurf zugestimmt werden, um eine Gleichmäßigkeit der Daten aufzunehmen. Bestimmungen und der Steuerhöhe im ganzen Bezirk herbeizuführen.

Da das Wirtschaftsministerium für die von Hermann Hindenreich geleitete Hilfsanstalt im laufenden Jahre nicht mehr Mittel zur Verfügung zu stellen in der Lage ist, wurde ihr unter Berücksichtigung des vorliegenden Beschlusses eine Beihilfe von 200 Mark aus Bezirksmitteln bewilligt. Eine weitere Beihilfe von 400 Mark bewilligte der Bezirksausschuss auf Vorschlag des Amtshauptmanns der Gemeinde Jehren zu den Kosten der Unterbringung Typhuskranker im Ländlichen Krankenhaus. Dabei wurde grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß die Tragung eines derartigen Aufwandes an sich nicht Aufgabe des Bezirks, sondern der betreffenden Gemeinde ist. Der Amtshauptmann berichtete weiter über die Gewährung von Staatsbeihilfen zur Unterhaltung und Erweiterung von Volkshochschulen auf das Jahr 1921. Wegen der Knappheit der zur Unterhaltung von Volkshochschulen zur Verfügung stehenden Mittel dürften nach einer Verordnung des Kultusministeriums nur höchstens zehn Stühle diesen zur Veranschaulichung empfohlen werden. Die nach Gedr. des Herrn Bezirkschulrates vorgeschlagenen Beträge schwanken zwischen 60 und 120 Mark. Den Vorschlägen wurde zugestimmt, gleichzeitig wurden aber auf Vorschlag des Amtshauptmanns, um allen 12 um Unterhaltung nachstehenden Volkshochschulen den Betrag von 120 Mark gewährt zu können, aus Bezirksmitteln 600 Mark bewilligt. Hierfür wurde zu dem 1. Nachtrag zu den Satzung des Bezirksarbeitsnachweises für Meißen Stadt und Land, über Bildung eines Fachauschusses bei der Fachabteilung für die Landwirtschaft nach dem Referat des Regierungsrats Dr. Falk beschlossen, der Bezirksversammlung die Genehmigung des Nachtrages mit der Maßgabe vorzuschlagen, daß die Wahl der beiden Fachauschüsse angeordneten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Kreise der Landwirtschaft durch den Bezirksausschuss und die städtischen Kollegen auf Vorschlag der für den Stadt- und Landbezirk bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt. Ein Nachtrag zum Ortsstatut der Stadt Ziegenhain über die Wahlen von Stadtverordneten, nach welchem das Ortsstatut und Gültigkeit für die künftigen Wahlen der Stadtverordneten erhält, wurde genehmigt. Den übrigen Gemeinden soll ein gesetzlicher Nachtrag für ihre Ortsgesetze über die Wahl von Gemeindevertretern zur Annahme empfohlen werden. Der Bezirksausschuss ermächtigte die Amtshauptmannschaft, die zu erwartenden Nachträge in seinem Namen zu genehmigen. — Der Bezirksausschuss nahm hierauf Kenntnis von der Verteilung des staatlichen Unterhaltungsanteils zu den erhöhten Anfallskosten an die Gemeinden aus dem Anfallkostenstock und genehmigte die Vorschläge des Referenten Reg.-Rats Berger.

Genehmigt wurde die Genehmigung des 1. Nachtrags zur Verhandlungssatzung des Stadtkreisbezirks Grundbau über Gewährung des beruflichen Einkommens. Der Gemeindeverband will hierauf seiner Sechsmann nur ein berufliches Einkommen gewährleisten, das einer jährlichen Zahl von 45 Geburten entspricht. In Uebereinstimmung mit einer in einer ähnlichen Sache ergangenen Entscheidung der Kreisamtsverwaltung soll der Verband beantragt werden, der Sechsmann das einer Zahl von 50 Geburten zu je 75 Mark entsprechende Einkommen zu gewährleisten. — Bedingungen der Genehmigung nach dem Entschieden des höchsten Gewerbeaufsichtsamts und seines stellvertretenden Prof. Dr. Wähler in Freiberg fand auf Vorschlag des Reg.-Rats Dr. W. W. die Genehmigung der Firma A. Pres. G. m. b. H. in Dresden um Genehmigung zur Errichtung einer Anlage zur Destillation von Erdöl, Asphaltkohle und Tachwanzensäure in Broditz, nachdem auf die öffentliche Ausschreibung der Anlage kein Eintrag eingebracht worden ist. Die gehörigen Sachverständigen haben sich dahin ausgesprochen, daß die von der Firma selbst beabsichtigten und für zur Bedienung gemachten Vorkehrungen die Wiederholung eines Unfalls, wie es in diesem Frühjahr bei ihr stattgefunden hat, nach menschlichen Ermessen auszuschließen. — Im Anschluß daran hat Gemeindevorstand Reil-Broditz um Auskunft, ob es richtig sei, daß auf dem Grundstück der früheren Zellulosefabrik in Broditz diejenige Menge Nitrozellulose, die von der Firma nach dem Explosionsunfall in die Erde eingegraben worden seien und — ebenso wie die in den Lagerräumen befindlichen Mengen — nach Wiederantragen hätten an die lesernde Firma jurisdiktoriert werden sollen, dort noch in der Erde ruhen. Die Bevölkerung fühlte sich dadurch beunruhigt. Amtshauptmann Dr. Sievert erklärte auf diese Anfrage, daß ein Anlaß zur Beunruhigung nach den von der Amtshauptmannschaft getroffenen Maßnahmen nicht vorliege. Es sei richtig, daß einer der gehörten Sachverständigen zunächst das Wiederausgraben der Nitrozellulose angetragen habe, daß aber dann von anderer Seite das Ausgraben als gefährlich bezeichnet und vorgeschlagen worden sei, die Nitrozellulose auf anderem Wege unschädlich zu machen, nämlich durch Zerkleinerung des Bodens mit Kalkmilch, die der Nitrozellulose die Explosions- und Detonationsfähigkeit nehme. Um in der Sache ganz sicher zu gehen, seien aber von den Sachverständigen voreitlich noch Versuche im Laboratorium der Firma für nötig befunden worden, die von der Amtshauptmannschaft bereits angeordnet worden waren. Ueber das Ergebnis der Versuche sei ein Bericht eingefordert worden, auf Grund dessen dann die Entscheidung der Frage erfolgen werde, ob die Nitrozellulose nach Behandlung mit Kalkmilch in der Erde verbleiben könne oder ob sie wieder ausgegraben und abtransportiert werden müsse. Zugunsten sei der Firma zur Pflicht gemacht worden, den Boden, in dem die Nitrozellulose vergraben sei, häufig durchfeuchtet zu halten, damit ein neues Unfalls ausgeschlossen sei. Der Amtshauptmann gab

noch bekannt, daß außer den in der Erde versenkten, verhältnismäßig geringen Mengen sämtlicher Nitrozellulose und andere explosiven Stoffe bereits vor einigen Wochen von dem Broditzer Explosionsgrundstück entfernt worden seien.

Der Amtshauptmann nahm auf eine weitere Anfrage des Gemeindevorstandes Stellung zu dem vom Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes in einer kürzlichen Besprechung der Betriebsleiter der rechtserheblichen Fabriken nach der Angabe Reil und nach einem Zeitungsausschnitt getienen Äußerung, in der die vom Amtshauptmann in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses gegebene Darstellung über die Nichterhaltung der der Kunstlederfabrik von der Amtshauptmannschaft gestellten Bedingungen als unwahr bezeichnet worden sei. Der Amtshauptmann erklärte, daß seine Darstellung selbstverständlich in allen Punkten den Tatsachen und der Wahrheit entspreche hätte und wiederholte das, was er in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses gesagt hat. Der Herr Gewerbeleiter, dem er die betreffende Zeitungsnachricht zur Beurteilung vorgelegt habe, habe zu dem Äußerung, daß er von vornherein keine Zweifel in die Richtigkeit der vom Amtshauptmann gegebenen Darstellung gesetzt und daß er die ihm — dem Gewerbeleiter — in den Mund gelegten Worte nicht erhoben habe. Er müsse da mißverstanden worden sein. Der Amtshauptmann stellte nochmals fest, daß er gesagt habe, bei der im Anschluß an das Broditzer Unglück vorgenommenen Revision des städtischen Hauptwertes seien während der früheren Revisionen des Gewerbeaufsichtsamtes keine Anwohnerhandlungen wahrgenommen worden wären, worgegen die ihr von der Amtshauptmannschaft aufgestellten Bedingungen festgestellt worden. Diese Bedingungen seien aber von der Amtshauptmannschaft nicht für die Broditzer Fabrik, auch nicht im Hinblick an die im städtischen Hauptwert vor zwei Jahren erfolgte Explosion gestellt worden, sondern gelegentlich der Errichtung der beiden Lagerhäuser für die Nitrozellulose mit dem städtischen Geschäftsführer Schmitt-Gadow berichtet noch über die Versammlung der Betriebsleiter, die sich mit dem Unglück beschäftigt habe, und erklärte, daß er dort dasselbe gesagt habe, was der Amtshauptmann jetzt wiederholt, der Gewerbeleiter habe ihn aber anscheinend nicht verstehen wollen.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 15. September.

Naturerfahrungen. Der ungewöhnlich warme Sommer hat die Natur in Verwirrung gebracht und bewirkt, daß der Kreislauf des Lebens sich bei manchen Pflanzen allzu schnell schloß. Nun zeigt sich vielfach neues Ersprießen und Keimen. Von überall her wird berichtet, daß Birnbäume wieder blühen, daß die Heidelbeeren eine reichere Raabblüte als sonst zeigen und daß selbst Kastanienbäume, nachdem sie ihre Blätter abgeworfen haben, die flebrigen Blätterknospen zeigen, die man sonst erst im Frühjahr sieht, und vereinzelt sich auch mit neuen Blüten geschmückt haben. Auch bei den Feldfrüchten zeigen sich Blütenarbeiten. Eine Riesen-Runkelrübe ist auf einem Felde in Reidersdorf klar der Lauff gewachsen. Sie hat das respectable Gewicht von 9 Pfund 370 Gramm. Der größte Umfang ist 60 Zentimeter, die Höhe fast 30 Zentimeter. Die anderen Früchte des Feldes sind durchschnittlich 4 bis 5 Pfund schwer. In Lampersdorf hat ein Landwirt einen Kohlrabi erobert, der fast 8 Pfund schwer war und in Raundorf hat ein Kürbis das stattliche Gewicht von 80 Pfund.

Die sächsische Regierung gegen eine enge Verbindung mit Thüringen. Auf Grund einer in einer thüringischen Wählerversammlung gefallenen Äußerung war in der sächsischen Presse eine Meldung verbreitet worden, daß falls sich in Thüringen eine sozialistische Mehrheit ergeben sollte, eine engere Verbindung Thüringens mit Sachsen hergestellt werden sollte, um ein Gegengewicht gegen das bürgerlich regierte Bayern zu schaffen. Wie der Sächsische Zeitungsdienst hierzu von zuständiger Stelle erfährt, sieht die sächsische Regierung auf dem Standpunkt, daß alle Politik in Deutschland darauf hinauslaufen müsse, daß eine Verschmelzung aller Teile des Reiches zu einem einheitlichen Ganzen erfolgen kann. Die Einheitspolitik zu festigen müsse ernsthaft Aufgabe jeder Regierung sein. Da der in der thüringischen Wählerversammlung angeordnete Plan aber eine Überhebung der Einheitspolitik des Reiches bedeutet, wird er bei der sächsischen Regierung keine Unterstützung finden.

Die sächsischen Handelskammern über die neuen Steuern. Die fünf sächsischen Handelskammern haben dieser Tage in Dresden eine gemeinsame Sitzung abgehalten, in der sie sich mit den neuen Steuerfragen beschäftigten. Obwohl allseitig schwere Bedenken gegen die Gefahren, die manche der neuen Steuern mit sich bringt, geltend gemacht wurden, stimmten die Handelskammern doch grundsätzlich fast allen Steuerplänen zu in der Erkenntnis, daß das Reich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen dringend großer neuer Mittel bedarf. Die Gewerbe-Anschaffungssteuer wurde abgelehnt. Zu den übrigen Steuervorschlägen wurde eine große Anzahl Abänderungsvorschläge gestellt, die sich eng an die Vorschläge des deutschen Industrie- und Handelstags anlehnen. Namentlich erklärte man sich mit der Erhöhung der Umsatzsteuer auf 3 Prozent einverstanden unter Ablehnung der von der thüringischen Handelskammer befürworteten Einführung einer beim Kleinhandel zu erhebenden Verbrauchssteuer. Ferner wurde befürwortet, die beiden Kapitalwachstumssteuern zu einer Vorlage zusammenzuführen. Der Regierung wird demnach in diesem Sinne berichtet werden.

Die sächsischen Metallindustriellen stellen ein Ultimatum. Der Verband der Metallindustriellen hat am Mittwoch an den Verband der Metallarbeiter ein Schreiben gerichtet, in dem er diesem ein Ultimatum stellt und erklärt, falls die Arbeit in den betroffenen Betrieben nicht bis Freitag wieder aufgenommen sei — zu den Bedingungen des Schlichtungsausschusses — werde am Freitagabend die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in der Metallindustrie vorgenommen.

40prozentige Erhöhung der Eisenbahntarife? Die Vorklagen auf Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife liegen bereits dem Kabinett vor. Ueber ihren Inhalt sollen nähere Mitteilungen erst im Reichsrat gemacht werden. Es bestätigt sich jedoch, daß die diesmaligen Erhöhungen bis zu 40 Prozent und darüber gehen.

Zweiter Deutsch-evangelischer Kirchentag in Stuttgart. Der zweite deutsche evangelische Kirchentag, der vom 11. bis 16. September in Stuttgart tagt, nahm am Sonntagabend seinen Anfang mit einem von mehreren tausend Personen besuchten Gottesdienst in der altertümlichen Eißkirche, in dem General-superintendent Dr. Schwerdtmann, Hannover, die Eröffnungspredigt hielt. Schon vorher hatte am Nachmittag eine Eißkirchekonferenz stattgefunden zur Aussprache über die Aufgaben, die sich im Kampfe gegen die Prostitution und im Hinblick auf die Bewegung für Beseitigung des Schutzes für das feimende Leben ergeben. Am Sonntagabend hielten auch die Mitglieder und Freunde des evangelisch-sozialen Kongresses eine Sonderbesprechung. Den Hauptgegenstand der Montagabendverhandlungen bildete die Frage: „Verfassung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und Bundesvertrag“, über den Konfessionspräsident Dr. Böhm-Dresden referierte. Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit dem Referat des Universitätsprofessors Dr. Rastan-Berlin über „Die neue Aufgabe, die der evangelischen Kirche aus der von der Revolution proklamierten Religionslosigkeit des Staates erwächst“. An der sehr lebhaften

Letzte Drahtberichte des „Witthauerer Telegraphen“.

Keine aktiven Offiziere unter den Verhafteten.
Berlin, 15. Sept. (tu.) Halbamtlich wird mitgeteilt: An die Meldung über die Verhaftung einer Anzahl Personen, die angeblich in Beziehung zur Ermordung Erzbergers stehen, wird in der Öffentlichkeit die Behauptung geknüpft, es befänden sich aktive Offiziere von der Marine darunter. Das Reichswirtschaftsministerium teilt hierzu mit, daß keine der verhafteten Personen sich in aktiven Dienst der Reichsmarine befände. Sollten einzelne Personen von ihnen früher tatsächlich der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls bereits früher aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Er will der Mörder Erzbergers sein.
Berlin, 15. Sept. (tu.) Der von der Potsdamer Polizei verhaftete Mann, der sich als Mörder Erzbergers bezeichnet hatte, bleibt bei seiner Selbstbezeichnung. Die Polizei bezweifelt aber die Wahrheit seiner Angaben.

Der Kampf um das Burgenland.
Wien, 15. Sept. (tu.) Die Zugverbindungen zwischen Oesterreich und Ungarn sind unterbrochen. Wie verlautet, sind zwei italienische Brigaden mit Artillerie nach Westungarn unterwegs, die bestimmt sind, das Burgenland von den ungarischen Banden zu räumen.

Ausprache beteiligten sich Dr. Eberling, Prof. Kabe, Prälat Schöll, Prof. Titius, Fr. Kiefoth u. a. Oberkonsistorialrat Kapler-Berlin teilte mit, daß der Kirchenauschuß für die hungernden Volksgenossen in Sowjetrußland einen Betrag von 10 000 M. bewilligt habe und daß eine allgemeine Kirchenkollekte eingeleitet werde, sobald Garantien für eine sachgemäße Verteilung des Geldes gegeben seien.

Die Deutsche Volkspartei gegen die Beschränkung der Versammlungsfreiheit. Der Bezirksverband Groß-Dresden der Deutschen Volkspartei hielt gemeinsam mit der Dresdner Ortsgruppe eine Besprechung ab über die Handhabung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921. Im Anschluß an den Bericht des Landtagsabgeordneten Anders erfolgte eine ausgiebige Ausprache, deren Inhalt in der folgenden einstimmig angenommenen Entschliessung zum Ausdruck kam: Die sächsische Regierung hat, indem sie vor dem Druck der Straßendemongie zurückwich, gegen die Deutsche Volkspartei Beschränkungen der Versammlungsfreiheit verfügt, die sachlich völlig unbegründet waren und sich auch nicht durch die bekannte Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 rechtfertigen ließen. Die versammelten Mitglieder der Deutschen Volkspartei legen gegen diese Willkür und Ungerechtigkeiten ernste Verwahrung ein und nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung nunmehr gewillt ist, die erwähnte Verordnung gerecht und nach allen Seiten hin anzuwenden, um die von der Reichsverfassung gewährleisteten Freiheiten zu wahren und die Staatsbürgerrechte gegen jeden Terror zu schützen. Sie erwarten von der Regierung vor allem, daß sie dem gemeingefährlichen Treiben der Linksrabiaten entgegentritt, das wichtige versammlungsmäßige Einrichtungen in einer den Frieden gefährdenden Weise vor den Massen verächtlich macht und eine sachliche und gerechte Führung der Verwaltung wie der Rechtspflege ernstlich in Frage stellt.

Der Landesparteitag der Kommunistischen Partei Sachsens in Chemnitz nahm eine längere Entschliessung an, in der er

sich scharf gegen die sächsische sozialistische Regierung ausprach, die ihre Versprechungen in bezug auf Amnestierung politischer Gefangener, Auflösung konterrevolutionärer Formationen, Reform der Justizverwaltung usw. nicht erfüllt habe. Die Kommunisten seien hierdurch nicht überrascht. Es wurden dann die bekannten kommunistischen Forderungen auf Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen, der reaktionären Offiziere, Studenten usw., Säuberung der Eliten von nichtproletarischen Elementen, Freilassung aller politischen Gefangenen usw. aufgestellt. Ferner wurde eine Entschliessung zur Grund- und Gewerbesteuer angenommen, worin zwar diese Steuervorlage als arbeiterfeindlich erklärt und die Landtagsfraktion der Kommunisten aufgefodert wird, sie auf das Schärfste zu bekämpfen, aber zum Schluß der Fraktion die Ermächtigung gegeben wird, ihre endgültige Stellungnahme von der politischen Gesamtlage in Sachsen und im Reiche abhängig zu machen.

Dresden. In der Mittwochnacht zwischen 1 und 2 Uhr haben auf dem Dresdner Altmarkt zwei Unbekannte ein Auto genommen, um angeblich nach Frauenstein im Erzgebirge zu fahren. Kurz vor Frauenstein wurde der Kraftwagenführer von dem einen Fahrgast mit dem Revolver bedroht und dann in den Arm geschossen. Unter weiteren Bedrohungen haben die beiden Unbekannten den Kraftwagenführer aus dem Wagen gestochen und sind mit dem gestohlenen Auto in der Richtung Leipzig davongefahren. Der Verwundete hat sich noch nach Frauenstein begeben können, wo er in ärztliche Behandlung genommen wurde. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Zeithain. Im Munitionslager 2 brannte am Montag ein Schuppen, in dem zur Vernichtung bestimmtes Pulver lagerte, vollständig nieder. Der Brand ist durch die Explosion einer Granate hervorgerufen worden. Von der Bekämpfung des Feuers mußte wegen der Explosionsgefahr, die auch für die anderen in der Nähe befindlichen Munitions-

schuppen bestand, abgesehen werden. Der Brandherd war im weiten Umkreis abgesperrt. Glücklicherweise blieb das Feuer auf den einen Schuppen beschränkt. Menschen sind durch die Explosion und bei dem Brande nicht zu Schaden gekommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht Dresden. Der 1860 zu Odrilla geborene Stadtgutsbesitzer Ernst Emil Bier in Wilsdruff war am 6. Juli vom dortigen Amtsgericht wegen Hehlerei zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, legte aber dagegen Berufung ein, so daß sich die zweite Ferienstrassammer des Dresdner Landgerichts mit dieser Angelegenheit beschäftigen mußte. Der Holzbildhauerlehrling Hentschel hatte im Sommer vergangenen Jahres zwei Scholare des Wilsdruffer Rittergutes zu bereben gewußt, daß diese ihm neun Zentner Düngemittel überließen, die er dann mit etwa 325 M. unter dem wirklichen Werte an den Stadtgutsbesitzer Bier verkaufte. Von dem Erlös, der gegen 1000 M. betrug, erhielten die beiden Scholare von Hentschel als Anteil je 90 M. ausgehändigt. Die beiden Scholare und weiter auch Hentschel sind vom Schöffengericht Wilsdruff sämtlich mit Geldstrafen weggekommen. Stadtgutsbesitzer Bier machte geltend, daß juedel Arbeit auf ihm laste, er habe sich nicht um die Preise für Düngemittel gekümmert. Hentschel habe ihm gesagt, die Ware stamme aus erster Hand. Als Zeuge führte Polizeiwachtmeister Kost unter anderen an, der Beschuldigte sei in der ganzen Gegend als sehr reich, aber auch als sehr gelbig bekannt, als alter und erfahrener Landwirt habe er ganz genau gewußt, unter welchen Bedingungen Düngemittel und vor allem zu welchem Preise sie zu haben waren. Bei dieser Sachlage kam das Berufsgericht zu der gleichen Ueberzeugung wie das Schöffengericht Wilsdruff, die Berufung wurde verworfen und dem Angeklagten auch die anderweitigen Kosten auferlegt. Es bleibt demnach bei den ausgeworfenen zwei Wochen Gefängnis wegen Hehlerei.

Für die vielen Aufmerksamkeiten, die uns aus Anlass unseres 25jährigen Ehejubiläums erwiesen wurden,
danken herzlichst
Wilsdruff, Wielandstrasse
Hermann Schmidt u. Frau
geb. Mehlig.

Naturheilverein Wilsdruff.
Das **Lustbad** ist geöffnet bis mit **Sonntag den 18. September**. Es wird gebeten, alle Kabinenschlüssel beim Vorstand oder der Frau Gabler abzugeben. Kabinenbestellungen für nächstes Jahr können schon jetzt bewirkt werden.
Der Vorstand.

Kleinrentner.
Zur Verteilung der Beihilfe von 5 Mill. M. haben Kleinrentner (einz. Personen 2500, Ehepaare 4000) bis zum 24. September Antrag zu stellen. Formulare bei der Gemeindebehörde.
Der Vorstand.

Gasthof Burkhardswalde.
Freitag, den 16. September zum Jahrmarkt
Gr. Ballmusik
Hierzu ladet freundlichst ein Johannes Gumpert.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Kaffee-Spezial-Offerte.
Wollen Sie vom **Besten** das **Beste** kaufen? Dann empfehle ich Ihnen meine **hochfein gerösteten**
Kaffee - Spezial - Mischungen
zu Mk. 22.— 24.— 28.— 32.— 34.— das Pfd.
Feinstes Aroma, grösste Ergiebigkeit, stets frische Röstung, sind Vorzüge meiner ff. gerösteten Kaffees!
Roh - Kaffees
in ausgesucht **hochfeinen Qualitäten** als Guatemala, Costarica, Mexico, Campinas in grosser Auswahl zu **billigsten Tagespreisen**.
Durch aussergewöhnl. **günstigen Einkauf** bin ich in der Lage, Ihnen die **billigsten Preise** stellen zu können. Decken Sie vor der in Aussicht stehenden **Zollerhöhung** Ihren Bedarf, Sie kaufen bei mir **preiswert**.
Alfred Pietzsch
Spezial-Geschäft für feine Kaffees.

Achtung!
Schleifisches Leinöl 1 Pfd. 12,50 M., Speisefirup 1 Pfd. 3,50 M., Backschmalz 1 Pfd. 13 M., Palmöl 1 Pfd. 14 M., **Freisch eingefroren: Bayrische Landleberwurst** 1 Pfd. 14 M., ff. **Margarine** 1 Pfd. 12—16 M.
Franziska Wenzel, Freiburger Straße 107.

Empfehle zur Kirmes
meine
Orig. URLA Liköre
in unübertroffenen Friedensqualitäten.
Spezialitäten:
Getreide - Kümmel,
Cherry Brandy, Altes Kloster.
Paul Lauer,
Wilsdruff.

Kurt Siering, Potschappel
Tharandter Strasse Nr. 26
Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2161
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Dritte Sächsische Landeswohlfahrts-Geldlotterie
Ziehung 19.— 26. Sept.
Lose à 5 Mark empfiehlt
Staatslotterieverwaltung
Paul Lauer.

Ulster, Joppen Bozener Mäntel Arbeitshosen
verkauft
Barth, Freiburger Straße 5

Glück. Eben f. alle Stände (auch Mil.-Dien.) vermittelt reell und diskret
Franz Hirschbühl, Saulgau (Württemberg).
1 Tafelwagen, einige Glocken und Stränge sind zu verkaufen
Weigner Str. 43 Hinterhaus

Dixin
Handelsgesellschaft
Karlshof 10
Dresden

Sarpfen
empfeht
M. Liebig.
Suche eine
Magd
für 15. 9. od. 1. Okt. 1921, Melkerin bevorzugt.
Näheres Kaufbach Nr. 4.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Konservern! Konservern!
Nach Eingang meiner diesjährigen direkt bezogenen
Braunschweiger Gemüse - Konservern
empfehle in bekannt vorzüglicher Qualität:
Stangen-, Schnitt- und Suppenspargel, ja. junge Erbsen, Karotten, Mischgemüse, Spinat, Kohlrabi, junge Schnittbohnen, ff. bayrische Steinpilze u. Pfifferlinge sowie hochfeine Fruchtkonservern.
Fa. Gustav Adam, Wilsdruff.
Ein Waggon buntes und braunes
Topf - Geschirr
steht preiswert zum Verkauf bei
Karl Barchmann,
Niederer Gasthof Braunsdorf b. Tharandt.

A. Andreani & Pawan - Deuben
Lager: Dresdner Straße 48 schrägüber der Deutschen Bank.
Achtung! Spezialität: Achtung!
Römische und venezianische Marmor-Mosaik-Fabrikation :: Terrazzo-ausführungen :: Geprüfte Terrazzo-stufen in verschiedenen Sorten :: Kunststeine :: Grab-einfassungen :: Tischplatten :: Fensterbänke :: Spülsteine :: Zementböden :: Betongewölbe usw.
Solide Ausführung bei angemessenen Preisen.

Maurer
für dauernde Winterbeschäftigung für die Bergarbeiterbedelungen der Gemeinde Weißig
sofort gesucht.
Baugeschäft E. & H. Mögel, Tharandt.

Für die Kirmes empfehle
Bestgepflegte
Rot- und Weißweine, Sekt
la Kakao und Schokoladen
Delsardinen
Kaffee
in bester frischer Röstung und bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen
Paul Lauer «» Markt